



Disclaimer: unless otherwise agreed by the Council of UPOV, only documents that have been adopted by the Council of UPOV and that have not been superseded can represent UPOV policies or guidance.

This document has been scanned from a paper copy and may have some discrepancies from the original document.

---

Avertissement: sauf si le Conseil de l'UPOV en décide autrement, seuls les documents adoptés par le Conseil de l'UPOV n'ayant pas été remplacés peuvent représenter les principes ou les orientations de l'UPOV.

Ce document a été numérisé à partir d'une copie papier et peut contenir des différences avec le document original.

---

Allgemeiner Haftungsausschluß: Sofern nicht anders vom Rat der UPOV vereinbart, geben nur Dokumente, die vom Rat der UPOV angenommen und nicht ersetzt wurden, Grundsätze oder eine Anleitung der UPOV wieder.

Dieses Dokument wurde von einer Papierkopie gescannt und könnte Abweichungen vom Originaldokument aufweisen.

---

Descargo de responsabilidad: salvo que el Consejo de la UPOV decida de otro modo, solo se considerarán documentos de políticas u orientaciones de la UPOV los que hayan sido aprobados por el Consejo de la UPOV y no hayan sido reemplazados.

Este documento ha sido escaneado a partir de una copia en papel y puede que existan divergencias en relación con el documento original.



CAJ/I/8

ORIGINAL: englisch

DATUM: 5. April 1978

**INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN**

GENÈVE

**VERWALTUNGS- UND RECHTSAUSSCHUSS****Erste Tagung****Genf, 17. bis 19. April 1978****ARTIKEL 13 DES UPOV-ÜBEREINKOMMENS**vom dänischen Ratsvertreter übermittelte Bemerkungen

Der dänische Vertreter im Rat der UPOV hat mit einem an den Generalsekretär der UPOV gerichteten Schreiben vom 29. März 1978 Bemerkungen zu den im Dokument CAJ/I/2 enthaltenen Änderungsvorschlägen des Generalsekretärs der UPOV zu Artikel 13 des Übereinkommens übermittelt. Die Bemerkungen sind als Anlage diesem Dokument beigelegt.

[Anlage folgt]

## ANLAGE

BEMERKUNGEN DÄNEMARKS ZU DEN ÄNDERUNGSVORSCHLÄGEN ZU  
ARTIKEL 13 DES ÜBEREINKOMMENS, DIE IN DOKUMENT CAJ/I/2  
ENTHALTEN SIND

Allgemeine Bemerkungen

In Dänemark entspricht es allgemeiner Auffassung, dass rechtliche Bestimmungen nicht geändert werden sollten, sofern nicht durchschlagende Gründe hierfür sprechen. Dahinter stehen zwei Überlegungen. Einmal könnte eine nur formelle Änderung einer solchen Bestimmung dahingehend verstanden werden, dass sie auch sachliche Änderungen zum Gegenstand hat, und auf diese Weise unnötige Erörterungen auslösen; zum anderen könnten alle Auslegungshilfen, die sich aus der administrativen und gerichtlichen Praxis (und auch aus anderen Quellen) ergeben, mehr oder weniger ihre Bedeutung verlieren.

Beide Überlegungen sind auch für Artikel 13 von Bedeutung. Es gibt wahrscheinlich keinen anderen Artikel des Übereinkommens, der so viele Erörterungen hervorgerufen hat wie Artikel 13. Grundlegende Änderungen dieses Artikels könnten neue langatmige Erörterungen zur Folge haben, und die wertvollen Unterlagen für die Auslegung des Artikels, die sich während der letzten Dekade, und zwar sogar schon vor dem Zeitpunkt vor dem Inkrafttreten des Übereinkommens, angesammelt haben, wären in Zukunft von geringem Wert.

Daher müssen wir im Falle von Änderungen fest davon überzeugt sein, dass gute Gründe sie notwendig machen.

Weiterhin meinen wir, dass die rechtliche Konstruktion der Bezeichnung, wie sie durch das Übereinkommen geschaffen und später in zahllosen Erörterungen erarbeitet wurde, so wertvoll ist, dass wir sie nur zögernd aufgeben würden. Wir beziehen uns hier besonders darauf, dass die Bezeichnung ein "Bestandteil" der Sorte ist, dass sie nicht Gegenstand von Privatrechten ist und von jedermann in Verbindung mit der Sorte benutzt werden kann (und werden muss).

Absatz 1 (alt)

Nach unserer Auffassung ist die englische Übersetzung ("shall be given") des authentischen französischen Wortlauts ("doit être désignée par") falsch [im deutschen Wortlaut "ist mit ... zu kennzeichnen"]. Sie wiederholt nur Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e und fügt dem Artikel 13 nichts Neues hinzu. Wir verstehen die Idee dieses Absatzes als ein Programm oder ein Prinzip, wonach die Sorte unter einer Bezeichnung bekannt sein soll; das ist mehr oder weniger der gleiche Gedanke, wie er in den EWG-Ratsrichtlinien vom 29. September 1970 zum Gemeinsamen Katalog der Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten und der Vermarktung von Sorten von Gemüsearten seinen Niederschlag gefunden hat: "is known by the same name" (französisch: "porte ... la même dénomination", deutsch: "dieselbe Bezeichnung trägt"). Wir meinen, dass diese Auslegung dem Absatz eine eigene Bedeutung verleiht, und würden ihn deshalb nur zögernd aufgeben.

In Absatz 10 des Dokuments CAJ/I/2 wird gesagt, dass Artikel 13 Absatz 1 nicht darlegt, wann und von wem der Sortenname angegeben werden soll (in englisch besser: "be designated by") (in deutsch: "mit ... zu kennzeichnen"). Was das "von wem" anbetrifft, so ist die Antwort am Anfang von Artikel 13 Absatz 7 ("wer ... feilhält oder gewerbsmäßig vertreibt ...") und im ersten Satz von Absatz 8 Buchstabe b ("... wird als Gattungsbezeichnung ... angesehen.") zu finden. Die Frage nach dem "wann" kann unterschiedlich beantwortet werden. Aufgrund schlechter Erfahrungen in der Vergangenheit erörtern wir zur Zeit auf nationaler Ebene die Einführung einer Bestimmung, wonach Sorten nicht verkauft werden dürfen, bevor sie einen Namen haben. Bereits aus diesem Grunde können wir den Absatz 1 des vom Sekretariat gemachten Vorschlags nicht unterstützen.

Absatz 2 (alt)

Wir sehen keine besondere Notwendigkeit, diesen Absatz zu ändern - wir halten ihn im Gegenteil für sehr nützlich - und aus den im Anfang dieses Dokuments dargelegten Gründen raten wir von einer Änderung ab.

Absatz 3 (alt)

Wir stimmen mit Absatz 14 und mit dem letzten Satz von Absatz 4 des Dokuments CAJ/I/2 überein, soweit dort die Schwierigkeiten angesprochen werden, die sich aus der Erwähnung von Warenzeichen in einem Sortenschutzübereinkommen ergeben, und wir fragen uns, ob die Lösung dieser Schwierigkeiten nicht darin gesehen werden könnte, dass ganz allgemein gesagt würde, dass die Sortenbezeichnung nicht Gegenstand von Rechten sein dürfe, die die uneingeschränkte Verwendung dieser Bezeichnung verhindern oder behindern könnten. Einerseits würde dies - wenn erwünscht - eine neue warenzeichenrechtliche Regelung ermöglichen, wonach der Warenzeicheninhaber die Verwendung seines Warenzeichens als Sortenbezeichnung nicht verhindern könnte. Andererseits würde eine solche Formulierung jedermann in die Lage setzen, die Bezeichnung in Verbindung mit der Sorte zu verwenden.

Wir können jedoch nicht die Ansicht unterstützen, dass die Frage nur durch die Verwendung der Wörter "ungeeignet" und "nicht rechtmässig" (wie im Entwurf des Verbandsbüros vorgeschlagen) gelöst wird, da dies nicht ausreicht, die rechtliche Ausgestaltung der Sortenbezeichnung, wie sie im Beginn dieses Dokuments dargelegt wurde, zu umschreiben.

In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, dass ausser dem Vermehrungsmaterial viele andere pflanzliche Erzeugnisse unter der Sortenbezeichnung verkauft werden.

In neueren Verordnungen über die Vermarktung von Kartoffeln für die menschliche Ernährung hat unser Landwirtschaftsministerium vorgesehen, dass die Sortenbezeichnung auf dem vorgeschriebenen Etikett anzugeben ist.

Nach den EWG-Regeln müssen Obst und Gemüse bestimmter Arten mit einem Etikett versehen sein, auf dem neben anderen Hinweisen auch die Sortenbezeichnung angegeben werden muss.

Bei der Versteigerung von Schnittblumen, besonders von Rosen, wird normalerweise die Sorte angegeben.

Für Weizen und Raps hat die EWG unterschiedliche Preise entsprechend der Qualität fixiert (Futterweizen im Vergleich zu Backweizen; Raps entsprechend seiner chemischen Zusammensetzung), die von der Sorte abhängen. Daher ist es notwendig, die Sorte anzugeben.

Aus dem Obengesagten ergibt sich, dass es für den Erzeuger unbedingt notwendig ist, die Sortenbezeichnung angeben zu können.

Absätze 4 bis 6 (alt)

Zum jetzigen Zeitpunkt keine Bemerkungen.

Absatz 7 (alt)

Wir stimmen mit den Äusserungen in Absatz 18 des Dokuments CAJ/I/2 nicht überein, dass die Verpflichtung für jedermann (usw.), die Sortenbezeichnung zu verwenden, und dass die obligatorische Verwendung der Sortenbezeichnung auch nach dem Auslaufen des Schutzes nichts mit dem Sortenschutz zu tun hätten. - Zu der ersten Bestimmung möchten wir bemerken, dass sie dem Züchter die Kontrolle illegaler Verkäufe der Sorte erleichtert, die andernfalls unter anderen Namen erfolgen könnten. Ausserdem sind die Rechte des Züchters nicht ohne Einschränkung; es gibt auch Verpflichtungen und Bedingungen, und eine davon besteht darin, dass der Züchter zu akzeptieren hat, dass der Name der Sorte folgt.

Absatz 8 (alt) Buchstabe a

Wir schwanken noch, ob es erforderlich ist, diese Bestimmung im Wortlaut beizubehalten. Wir würden der Äusserung in Absatz 19 des Dokuments CAJ/I/2, dass das UPOV-Übereinkommen nicht der ideale Platz für diese Bestimmung wäre, nicht widersprechen. Auf der anderen Seite fragen wir uns, welche Auswirkungen eine Streichung im Lichte der eingangs in diesem Dokument erwähnten Überlegungen haben würde.

Absatz 8 (alt) Buchstabe b

Der Grundsatz, dass die Sortenbezeichnung ein "freier" Name ist, der in niemandes Eigentum steht, erscheint uns so wichtig, dass wir eine Streichung des ersten Satzes nicht unterstützen könnten. Wir stimmen einer Streichung der Bezugnahme auf Warenzeichen zu, würden aber gerne eine Bestimmung aufnehmen, die mit allgemeinen Worten sagt, dass die Sortenbezeichnung nicht Gegenstand privater Rechte sein kann.

Absatz 9 (alt)

In Übereinstimmung mit dem Gedanken, in dem Übereinkommen Warenzeichen nicht zu erwähnen, könnten wir uns eine Streichung dieses Absatzes vorstellen. Wir haben hierzu jedoch keine feste Meinung.

Absatz 10 (alt)

Die Bezugnahme auf die Worte "nicht rechtmässig" in Absatz 22 von Dokument CAJ/I/2 scheint uns nicht auszureichen. Wir meinen ausserdem, dass der zweite Absatz beibehalten werden sollte.

Abschliessende Bemerkungen

Aus dem Obengesagten ergibt sich, dass wir den in Absatz 3 von Dokument CAJ/I/2 gemachten Vorschlag nicht unterstützen können. Wir verkennen zwar nicht, dass der Vorschlag - wie in Absatz 23 des Dokuments ausdrücklich erwähnt - die Verbandsstaaten nicht daran hindern würde, ihre gegenwärtigen Gesetze beizubehalten, aber wir sehen andererseits voraus, dass der Vorschlag im Falle seiner Annahme einmal endlose Erörterungen hervorrufen würde, was vermieden werden sollte, und zweitens zu einem Abbau der bis jetzt erzielten Harmonisierung der nationalen Gesetze führen würde.

[Ende des Dokuments]